

Dels'er Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.
Pränumerationspreis viertel-
jährlich 60 Rpf., durch die
Post bezogen 75 Rpf.



Inserate werden bis Donners-
tag Mittag in der Expedition
angenommen und kostet die ge-
spaltene Zeile 10 Rpf.

Redakteur: Königl. Kreissekretair Raabe.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Dels.

Nr. 2.

Dels, den 11. Januar 1878.

16. Jahrg.

Am t l i c h e r T h e i l.

A. Bekanntmachungen des Königl. Landraths-Amts.

Nr. 9. Dels, den 5. Januar 1878.

Betreffend die Ausführung des Fischereigesetzes in
der Provinz Schlesien vom 2. November 1877.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von
Preußen zc.

verordnen auf Grund und zur Ausführung des Fischerei-
Gesetzes vom 30. Mai 1874 (Gesetz-Samml. S. 197 ff.)
für die Provinz Schlesien nach Anhörung des Pro-
vinzial-Landtages, was folgt:

Zu § 22. Ziffer 1.

§ 1. Beim Fischfange in nicht geschlossenen Ge-
wässern finden folgende Vorschriften Anwendung:

- 1) Die Fischerei auf Fischsamen ist verboten;
- 2) Fische der nachbenannten Arten dürfen nicht ge-
fangen werden, wenn sie, von der Kopfspitze bis
zum Schwanzende gemessen, nicht mindestens
folgende Länge haben:

Stör (<i>Acipenser sturio</i>) . . .	100 Cmt.
Lachs (<i>Salmo, Salmo salar</i>) . . .	50 "
Große Maräne (<i>Maräne, Maräne,</i> <i>Coregonus maraena</i>) . . .	40 "
Zander (<i>Sandart, Lucioperca</i> <i>sandra</i>) . . .	35 "
Hasen (<i>Hasen, Hasen, Hasen, Schieb,</i> <i>Aspius vorax</i>) . . .	
Äal (<i>Anguilla vulgaris</i>) . . .	
Hecht (<i>Esox lucius</i>) . . .	28 "
Barbe (<i>Barbus fluviatilis</i>) . . .	
Blei (<i>Brasse, Brachsen, Abramis</i> <i>brama</i>) . . .	
Lachforelle (<i>Meerforelle, Silber-</i> <i>lachs, Strandlachs, Trump,</i> <i>Salmo trutta</i>) . . .	28 "
Maifisch (<i>Älfe, Clupea alosa</i>) . . .	
Finte (<i>Clupea finta</i>) . . .	
Karpfen (<i>Cyprinus carpio</i>) . . .	20 "
Döbel (<i>Squalius sephalus</i>) . . .	
Äand (<i>Kerfling, Idus melanotus</i>) . . .	
Schlei (<i>Schleie, Tinca vulgaris</i>) . . .	20 "
Forelle (<i>Salmo fario</i>) . . .	
Äsch (<i>Äesche, Thymallus vulgaris</i>) . . .	

Karausche (<i>Carassius vulgaris</i>)	15 Cmt.
Kleine Maräne (<i>Coregonus albulus</i>)	
Blöße (<i>Rotauge, Leuciscus rutilus</i>)	
Barsch (<i>Perca fluviatilis</i>)	
Roßfeder (<i>Scardinius erythro-</i> <i>thalmus</i>) . . .	10 "
Krebs (gemeiner Flußkrebß, <i>Astacus fluviatilis</i>) . . .	

3) Fischsamen, ingleichen Fische der unter Ziffer 2
bezeichneten Arten, welche das daselbst vermerkte
Maß nicht erreichen, sind, wenn sie lebend in
die Gewalt des Fischers fallen, sofort mit der
zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht wie-
der in das Wasser zu setzen.

4) Zum Befahren der zur Fischzucht dienenden Ge-
wässer kann die Aufsichtsbehörde (§ 46 des Ge-
setzes) einzelnen Fischereiberechtigten das Fangen
von Fischen und Krebsen unter dem in Ziffer 2
bestimmten Maße zeitweilig und widerruflich
gestatten.

§ 2. Vorbehallich der im § 27 des Fischerei-
gesetzes und im vorstehenden § 1 Ziffer 4 zugestan-
denen Ausnahmen dürfen Fischsamen und Fische der
im § 1 Ziffer 2 bezeichneten Arten unter dem daselbst
angegebenen Maße weder feilgeboten, noch verkauft,
noch versandt werden, ohne Unterschied, ob sie aus ge-
schlossenen oder nicht geschlossenen Gewässern gewonnen
sind.

Zu § 22 Ziffer 2.

§ 3. Geschlossene Gewässer sind einer Schonzeit
nicht unterworfen.

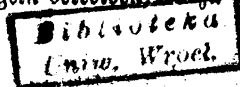
Alle nicht geschlossenen Gewässer unterliegen einer
wöchentlichen und einer jährlichen Schonzeit.

§ 4. Die wöchentliche Schonzeit erstreckt sich
auf die Zeit von Sonnenuntergang am Sonnabend
bis Sonnenuntergang am Sonntag.

Während der Dauer der wöchentlichen Schonzeit
ist jede Art des Fischfanges in nicht geschlossenen
Gewässern verboten.

Die Bezirksregierung ist jedoch ermächtigt, den
Fischern, welche die sogenannte stille Fischerei ohne
ständige Vorrichtungen mit Sebnetzen, Reusen, Rörben
oder Ängeln betreiben, es zu gestatten, daß die aus-

28143



gelegten Gezeuge, während der wöchentlichen Schonzeit nachgesehen, ausgenommen und wieder ausgesetzt werden, wenn daraus nachtheilige Hindernisse für den Zug der Wanderfische nicht zu befürchten sind.

Auch kann das Angeln mit der Ruthe während der wöchentlichen Schonzeit, jedoch mit Ausschluß der Winterschonzeit (§ 5), von der Bezirksregierung gestattet werden.

§ 5. Die jährliche Schonzeit tritt entweder im Winter oder im Frühjahr ein und erstreckt sich im Winter auf die Zeit vom 15. Oktober bis zum 14. Dezember und im Frühjahr auf die Zeit vom 10. April bis zum 9. Juni. Eine und dieselbe Strecke eines Gewässers soll nur einer jährlichen Schonzeit unterworfen sein.

§ 6. Die Winterschonzeit findet Anwendung auf nachfolgende für den Laich der Salmoniden geeignete Gewässer:

- 1) auf den Goldbach oder Prudlit und seine Nebengewässer, von der Stadt Neustadt, und zwar von der von Neustadt nach Reife führenden Chaussee an aufwärts;
- 2) auf die Freiwaldauer Biele und ihre Nebengewässer, von der Grenze der Feldmarken Preiland und Polnisch-Wette an aufwärts;
- 3) auf die Reife und ihre sämtlichen Nebenflüsse mit Ausschluß des Zabelbaches von Wartha aufwärts und von da bis zur Einmündung der Biele, ausschließlich der letzteren (Nr. 2), nur auf die Nebengewässer der Reife;
- 4) auf die Peile ober das Reichenbacher Wasser und sämtliche Nebengewässer, von Ober-Gräbzig an aufwärts;
- 5) auf die Weistritz und sämtliche Nebengewässer, von der Papierfabrik zu Ober-Weistritz an aufwärts;
- 6) auf dem Döber von der Einmündung des Zieder an aufwärts und alle diejenigen seiner Nebengewässer, welche oberhalb der Einmündung des Kemnitz-Baches gelegen sind, mit Einschluß des Kemnitz-Baches;
- 7) auf den Queiß und seine sämtlichen Nebengewässer von Krobzdorf an aufwärts;
- 8) auf die Ragbach und ihre sämtlichen Nebengewässer, von der unteren Grenze des Goldberg-Haynauer Kreises an aufwärts.

Alle übrigen nicht geschlossenen Gewässer, insonderheit die Ober-, unterliegen der Frühjahrschonzeit. Diejenige Stelle der Gewässer, von welcher an aufwärts die Winterschonzeit und abwärts die Frühjahrschonzeit beginnt, soll, soweit erforderlich, durch örtliche von der Staatsregierung herzustellende Merkmale kenntlich gemacht werden.

§ 7. Für die Dauer der jährlichen Schonzeit ist in den derselben unterworfenen Strecken der Gewässer jede Art des Fischfanges verboten, soweit nicht die nachfolgende Ausnahme eintritt.

Die Bezirksregierung ist ermächtigt, den Betrieb der Fischerei in den der Frühjahrschonzeit unterworfenen Gewässern an drei Tagen jeder in die Schonzeit fallenden Woche zu gestatten, soweit nicht drin-

gende Rücksichten auf Erhaltung des Fischbestandes entgegenstehen.

Bei dieser ausnahmsweisen Gestattung ist jedoch die Verwendung solcher an sich erlaubter Fangmittel auszuschließen, welche vorzugsweise geeignet sind, die junge Fischbrut zu zerstören. Die näheren Vorschriften hierüber sind eintretenden Falls im Wege der Polizei-Verordnung zu erlassen.

Der Betrieb der Fischerei vermittelt ständiger Vorrichtungen (Wehre, Zäune, Selbstfänge für Lachs und Aal, feststehende Netzvorrichtungen, Sperrnetze u. s. w.), ingleichen vermittelt schwimmender oder am Ufer oder Flußbette befestigter oder verankerter Netze oder Reusen (Hamen u. s. w.) darf während der jährlichen Schonzeit in keinem Falle gestattet werden.

Ausschließlich für den Fang von Lachsen, Lachsforellen, Finten, Raifischen und Stinten kann während der Frühjahrschonzeit die in Alinea 2 erwähnte dreitägige Frist bis zu höchstens fünf Tagen einer jeden in die Schonzeit fallenden Woche von der Bezirksregierung erstreckt werden.

§ 8. Während der Dauer der in den §§ 4 bis 6 vorgeschriebenen wöchentlichen und jährlichen Schonzeiten müssen die durch das Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 nicht beseitigten ständigen Fischereivorrichtungen in nicht geschlossenen Gewässern hinweggeräumt oder abgestellt sein (§ 28 des Gesetzes).

§ 9. Die §§ 3 Alinea 2 bis § 7 finden auf den Krebsfang keine Anwendung.

In der Zeit vom 1. November bis zum 31. Mai ist der Fang von Krebsen in allen nicht geschlossenen Gewässern verboten. Gelangen Krebse während der angeordneten Schonzeit lebend in die Gewalt des Fischers, so sind dieselben mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht sofort wieder in das Wasser zu setzen.

Zu § 22, Ziffer 3.

§ 10. Beim Fischfange in nicht geschlossenen Gewässern ist verboten:

- 1) die Anwendung schädlicher oder explosirender Stoffe (giftiger Köder oder Mittel zur Betäubung oder Vernichtung der Fische, Sprengpatronen oder anderer Sprengmittel u. s. w.) (§ 21 des Gesetzes);
- 2) die Anwendung von Mitteln zur Verwundung der Fische, als: Fallen mit Schlagfedern, Gabeln, Altharken, Speere, Stecheisen, Stangen, Schießwaffen u. s. w.

Der Gebrauch von Angeln ist gestattet.

Die Verwendung von Speeren und Eisen (nicht jedoch der Altharken) kann zum Zwecke des Aalsfangs von der Bezirksregierung in dringenden Fällen und nöthigenfalls unter Festsetzung einer bestimmten Konstruktion für dieses Fangmittel ausnahmsweise gestattet werden;

- 3) das Zusammentreiben der Fische bei Nacht vermittelst Leuchten oder Fackeln.

§ 11. Ohne Erlaubniß der Aufsichtsbehörde dürfen nicht geschlossene Gewässer zum Zwecke des Fischfanges weder abgedämmt noch abgelassen oder ausgeschöpft werden.

§ 12. Fischwehre, Fischzäune und damit verbundene sogenannte Selbstfänge für Aachs und Aal dürfen, außer im Falle einer bestehenden Berechtigung, nicht neu angelegt werden.

Zu § 22 Ziffer 4.

§ 13. Nach Ablauf von drei Jahren, vom Erlaß dieser Verordnung an gerechnet, dürfen beim Fischfange in nicht geschlossenen Gewässern, vorbehaltlich der nachfolgenden Ausnahme, keine Fanggeräte (Neze und Geflechte jeder Art und Benennung) angewendet werden, deren Oeffnungen (Maschen) im nassen Zustande an jeder Seite (von Knoten zu Knoten) nicht mindestens eine Weite von 2,5 Centimeter haben.

Diese Vorschrift erstreckt sich auf alle Theile oder Abtheilungen der Fanggeräte.

Die Bezirksregierung ist ermächtigt, Ausnahmen von dieser Vorschrift im Falle des Bedürfnisses für bestimmte Arten von Fanggeräthen zuzulassen.

Fanggeräte, welche ausschließlich für den Fang von Aal bestimmt sind, dürfen eine Weite der Oeffnungen von mindestens 1,5 Centimeter haben.

§ 14. Ohne Erlaubniß der Aufsichtsbehörde (§ 46 des Gesetzes) dürfen am Ufer eines fließenden Gewässers oder im Flußbette befestigte oder verankerte nicht ständige Fischereivorrichtungen (Hamen u. s. w.) oder schwimmende Neze sich niemals weiter, als über die Hälfte des Wasserlaufes in seiner Breite, bei gewöhnlichem niedrigen Wasserstande vom Ufer aus gemessen, erstrecken.

Mehrere derartige Fischereivorrichtungen dürfen gleichzeitig auf derselben oder auf der entgegengesetzten Uferseite nur in einer Entfernung von einander ausgeworfen oder angebracht sein, welche mindestens das Dreifache der Längenausdehnung des größten Netzes beträgt.

Zu § 22, Ziffer 5.

§ 15. Der Betrieb der Fischerei in schiffbaren Gewässern darf die Schifffahrt nicht hindern oder stören. Feste oder schwimmende Fischereivorrichtungen und alle sonstigen Fanggeräte müssen so aufgestellt oder ausgelegt sein, daß die freie Fahrt der Schiffe und Fahren, sowie der Wasserabfluß in nachtheiliger Weise nicht behindert wird.

§ 16. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden, insofern dieselben nicht den Strafbestimmungen des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 (§§ 49 ff.) oder des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich unterliegen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark Reichsmünze oder Haft bestraft.

Zugleich kann auf Einziehung der bei der Ausübung der Fischerei verwandten unerlaubten Fanggeräte erkannt werden.

§ 17. Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, die Vorschriften dieser Verordnung über die Schonzeiten in den §§ 3 bis 7 und § 9, über verbotene Fangmittel in den §§ 10 bis 12, über die Beschaffenheit erlaubter Fanggeräte und über die Beschränkungen in der Benutzung derselben in den §§ 13 und 14 für diejenigen Gewässer oder Strecken derselben ganz oder theil-

weise außer Kraft zu setzen, welche nicht ausschließlich Unserer Hoheit unterworfen sind.

§ 18. Alle auf den Gegenstand dieser Verordnung bezüglichen, auf Gesetz oder Verordnung beruhenden Vorschriften treten, soweit sie den Vorschriften dieser Verordnung entgegenstehen, außer Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrudtem Königlichem Insignel.
Gegeben Berlin, den 2. November 1877.

(L. S.)

Wilhelm.

Friedenthal.

Dels, den 5. Januar 1878.

Die städtischen Polizeiverwaltungen, Herren Amtsvorsteher und Gendarmen des Kreises veranlasse ich, die Beobachtung der qu. Vorschriften, namentlich aber des Verbotes bezüglich des Feilbietens und des Verkaufes von Fischeiern und Fischen unter dem angegebenen Minimalmaße streng zu controliren, nicht minder für eine ordnungsmäßige Beaufsichtigung der nicht geschlossenen Gewässer behufs Durchführung der hierfür getroffenen Vorschriften Sorge zu tragen.

Sofern sich etwa die Uebertragung der Aufsichtsführung über einzelne Strecken nicht geschlossener Gewässer auf besondere Aufsichtsbeamte empfehlen sollte, so sehe ich einer besonderen Anzeige darüber binnen 3 Wochen entgegen.

Nr. 10.

Dels, den 8. Januar 1878.

Betrifft die Aufstellung und Führung der Militair-Stammrollen.

In Gemäßheit des § 31 des Reichs-Militair-Gesetzes vom 2. Mai 1874 und der §§ 44 und 45 der deutschen Wehrordnung vom 28. September 1875 veranlasse ich die Magistrate, Gutsvorsteher und Gemeindevorstände des Kreises, die Stammrolle für das Jahr 1878 genau so anzulegen, wie im vorigen Jahre.

In die neu aufzustellende Stammrolle sind alle diejenigen Militairpflichtigen aufzunehmen, welche im Jahre 1858 in dem betreffenden Bezirke geboren sind, oder welche sich gegenwärtig in demselben aufhalten resp. sich gemäß § 23 der Erfagordnung daselbst anzumelden haben.

In die Stammrolle pro 1877 resp. 1876 sind die im Jahre 1857 resp. 1856 geborenen Militairpflichtigen, welche in den betreffenden Bezirk gezogen sind und ihren dauernden Aufenthalt daselbst genommen haben, einzutragen.

Die aus den Jahrgängen 1855 und rückwärts geborenen Militairpflichtigen haben die Gemeindevorstände noch in die alte gemeinschaftliche Stammrolle aufzunehmen.

Ich mache hierbei die Aufnahmebehörden auf die Bestimmungen in den §§ 44 und 45 der Erfagordnung noch besonders aufmerksam und erwarte, daß die Anlegung der neuen Stammrollen, sowie die Vollständigung und Berichtigung der früheren Stammrollen bis zum 20. Februar cr. ordnungsmäßig erfolgt sein wird.

Die Revisions-Termine werden später bekannt gemacht werden.

Gleichzeitig ersuche ich unter Bezugnahme auf § 45 ad 7 der Ersatzordnung

a. die Herren Geistlichen,
von den im Jahre 1861 geborenen Kindern männlichen Geschlechts den Magisträten und Gemeindevorständen schleunigst einen Auszug aus dem Geburts-Register zu übersenden,

b. die Herren Standesbeamten,
einen Auszug aus dem Sterberegister des Jahres 1877, enthaltend die Eintragung von Todesfällen männlicher Personen, welche das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, baldigst an das hiesige Landrathsamt einzureichen.

Nro. 11. Breslau, den 21. December 1877.

Amtsblatt-Bekanntmachung,

die Meldung zur Prüfung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst betreffend.

Diejenigen jungen Leute, welche ihre wissenschaftliche Qualifikation behufs Erlangung des Berechtigungsscheines zum einjährig freiwilligen Militärdienst nicht durch Schulatteste nachweisen können, haben sich in Gemäßheit des § 91 der Ersatz-Ordnung vom 28. September 1875 zu der

am 7. März 1878,

Nachmittags 3 Uhr,

beginnenden Prüfung spätestens bis zum 1. Februar l. J. bei der unterzeichneten Commission zu melden.

Später eingehende Gesuche können bei der erwähnten Prüfung nicht berücksichtigt werden.

Dieser Meldung sind beizufügen:

- a. ein Geburtsattest,
- b. ein Einwilligungssattest des Vaters oder Vormundes mit der Erklärung über die Bereitwilligkeit und Fähigkeit, den Freiwilligen während einer einjährigen activen Dienstzeit zu bekleiden, auszurüsten und zu verpflegen,
- c. ein Unbescholtenheitszeugniß, welches durch die Polizei-Obrigkeit oder die vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist.

Sämmtliche Papiere sind im Original einzureichen.

In dem Gesuche um Zulassung zur Prüfung ist anzugeben, in welchen zwei fremden Sprachen (Latein, Griechisch, Französisch und Englisch) nach freier Wahl der sich Meldende geprüft sein will.

Auch hat der sich Meldende einen selbstgeschriebenen Lebenslauf beizufügen.

Den sich Meldenden wird rechtzeitig eine besondere Vorladung zugefertigt werden.

Königliche Prüfungs-Commission für einjährig Freiwillige.

Dels, den 9. Januar 1878.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nr. 12. Breslau, den 29. December 1877.

Die an einberufene Heerespflichtige vorschußweise gezahlten Meilen- und Marschgelder betreffend.

Revisions-Bemerkung.

Es sind Fälle vorgekommen, in denen einzelnen Heerespflichtigen bei Einberufungen zu ihren Truppentheilen die Marschgelder für die Marsche zu den bezüglichen Truppen-Garnisonen sowohl von den Heimathsbehörden, als auch von den zuständigen Landwehr-Bezirks-Commandos gezahlt worden sind.

Die Letzteren waren nach der im Ministerial-Blatt für die innere Verwaltung pro 1877, Seite 121 bekannt gemachten kriegsministeriellen Verfügung vom 6. April cr. zu diesen Zahlungen verpflichtet, weil im Eingang derselben sub I ausgesprochen ist, daß die Bestellung der Heerespflichtigen nach der Heer- und Wehrordnung de 1875 grundsätzlich im Bataillons-Staatsquartier oder an bestimmten Sammelstellen stattfinden soll.

Die directe Entsendung der Einberufenen aus der Heimath nach der Truppen-Garnison soll nur ausnahmsweise auf Grund besonderer Bestimmung des betreffenden königlichen General-Commandos eintreten.

Zur Vermeidung desfalliger Doppelzahlungen und der damit verbundenen Wiedereinziehungen überhöher Beträge wird ergebenst ersucht, diese Bestimmung gefälligst in geeigneter Weise zur Kenntniß der Gemeinde- u. Vorstände behufs Beachtung in deren eigenem Interesse bringen zu lassen, damit auch die dadurch angestrebte Vereinfachung des bezüglichen Zahlungs-Verfahrens erreicht werde.

Militair-Intendantur des 6. Armee-Corps.

Dels, den 8. Januar 1878.

Vorstehende Revisions-Bemerkung wird hiermit den Gemeindevorständen des Kreises zur Kenntnißnahme und Beachtung mitgetheilt.

Nr. 13. Dels, den 3. Januar 1878.

Die Geschäfts-Nachweisungen der Schiedsmänner betreffend.

Nach § 34 der Verordnung für die Schiedsmänner vom 26. September 1832 ist jeder Schiedsmann verpflichtet, summarisch nachzuweisen, wie viel Vergleiche er im Laufe des Jahres zu Stande gebracht hat. Unter Hinweisung auf das in der Schering'schen Schrift mitgetheilte Schema veranlasse ich die Herren Schiedsmänner des Kreises, mir die Nachweisungen der Geschäfte während des Jahres 1877, ohne Verleib, event. Negativ-Anzeigen, bis zum 20. Januar cr., bestimmt einzusenden, damit ich die mir vom kgl. Appellationsgerichte in Breslau gestellte Frist zur Einreichung sämmtlicher Nachweisungen innehalten kann. Sollten einzelne Nachweisungen bis zu diesem Tage nicht in meinen Händen sein, so müßte ich dieselben auf Kosten der Säumigen durch expresse Boten einholen lassen. Nachweisungen, wie Negativ-Anzeigen müssen die Unterschrift des betreffenden Schiedsmannes tragen und mit dessen Amtssiegel versehen sein. Für die Bezirke, in welchen Neuwahlen

Nebst 2 Beilagen.

1. Beilage zu Nr. 2 des Dels'er Kreisblattes.

erfolgt sind, die Bestätigung resp. Vereidigung der neuen Schiedsmänner aber noch nicht stattgefunden hat, haben die bisherigen Schiedsmänner — im Falle dieselben aber verstorben oder verzogen sind, die Stellvertreter derselben — die Nachweisungen anzufertigen und einzureichen.

Den Gemeindevorständen gebe ich auf, die Verfügung sofort den in den resp. Bezirken wohnenden Herren Schiedsmännern zur Kenntnißnahme vorzulegen.

Namens des Kreis-Ausschusses.
Der Königliche Landrath.
von Rosenberg.

Nr. 14. Dels, den 10. Januar 1878.

Die Magistrate, Guts- und Gemeindevorstände des Kreises veranlasse ich hiermit, die Einkommens-Nachweisung zur Klassensteuerrolle für das Rechnungsjahr 1877/78 **baldisig** hierher einzureichen.

Nr. 15. Dels, den 3. Januar 1878.

Die Ausbildung von Krankenpflegerinnen betreffend.

Nachdem die im Kreiskrankenhaus zu Dels ausgebildete Wittwe Johanna Strauß auf Grund einer mit gutem Erfolge abgelegten Prüfung das Befähigungs-Zeugniß als Krankenwärterin und die Berechtigung erlangt hat, sich als geprüfte Krankenwärterin zu bezeichnen (sfr. Bekanntmachung der Königlichen Regierung zu Breslau vom 20. Decbr. 1877 Amtsbl. S. 387), werden unter Hinweis auf die im Kreisblatte pro 1877 S. 88 abgedruckten Bedingungen Privatpersonen und Gemeinden zur Anmeldung von Krankenpfleger-Aspirantinnen mit dem Bemerkten aufgefordert, daß die Einberufung der letzteren der Reihe der Anmeldungen nach erfolgen und daß unter Umständen freie Pension gewährt wird.

Nr. 16. Dels, den 10. Januar 1878.

Gegenwärtig vacante, mit Militair-Anwärtern zu besetzende Stellen.

1. Breslau, Magistrat, Oberwachtmann, 750 Mark Gehalt jährlich, außerdem freie Dienstkleidung.
2. Breslau, Postamt No. 1, Stadtpostbote, 630 M. Gehalt, 180 M. Wohnungsgeldzuschuß.
3. Breslau, Postamt No. 3, Packträger, 630 Mark Gehalt, 180 M. Wohnungsgeldzuschuß.
4. Breslau, Appellationsgericht, 2 Hilfsgefangenwärter, je 62 M. 50 Pf. monatliche Diäten und freie Wohnung oder 90 M. Miethsentschädigung.
5. Herrstadt, Magistrat, Nachtwächter und Stadtdiener, 250 M. Gehalt.

Der Königliche Landrath.
von Rosenberg.

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Berlin, den 12. November 1877.

Seit der Verlegung des Rechnungsjahres auf die Zeit vom 1. April bis 31. März werden die Quartale desselben von den verschiedenen Behörden und Kassen in sehr verschiedener, zum Theil undeutlicher Weise bezeichnet. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes und zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens wird bestimmt, daß die Quartale künftig nach den Monaten zu bezeichnen sind, also Quartal April, Juli, October, und Januar. Juni, September, December, März. Das betreffende Jahr ist dabei einfach durch Hinzufügung der Zahl desselben anzugeben, also z. B. Quartal April 1877.

Die Königliche Regierung wolle die Behörden und Kassen Ihres Verwaltungs-Bezirktes hiernach mit Anweisung versehen.

Der Finanz-Minister.
gez. Camphausen.

Dels, den 5. Januar 1878.

Vorstehendes wird zur gleichmäßigen gefälligen Beachtung namentlich bei Ausstellung von Quittungen hierdurch publicirt.

Königl. Kreis-Steuer-Kasse.
Menzel.

Amt Pontwitz, den 5. Januar 1878.

In Folge der Bekanntmachung in Nr. 50 des Kreisblattes vom 26. November 1877 wird hierdurch veröffentlicht, daß dem Gutsbesitzer Herrn A. Scholz zu Ober-Poln.-Guth der Gebrauch seiner Pferde nach auswärts nunmehr gestattet worden, unter der Bedingung, daß diese Pferde bis auf Weiteres in fremden Ställen nicht gefuttert werden dürfen.

Der stellvertretende Amts-Vorsteher.

Hartmann.

2. Beilage zu Nr. 2 des Dölzer Kreisblattes.

Zur Gewerbe-Ordnung.

Unter den Aufgaben, welche die vorige Reichstagsession der in wenigen Wochen beginnenden neuen Session ausdrücklich und bestimmt vorbehalten hat, steht an tief greifender Bedeutung die Lösung gewisser Fragen der Gewerbe-Ordnung obenan; je mehr die gewerblichen Arbeiterkreise durch revolutionäre Irrlehren bewegt und erregt werden, desto dringender tritt an alle staatlichen Kreise die Pflicht heran, ihrerseits Nichts zu versäumen, was durch die Gesetzgebung für eine gedeihliche Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse, namentlich auch für die Wiederbeseitigung der gelockerten sittlichen Fundamente in den gewerblichen Kreisen geschehen kann.

Das Bedürfnis zu Aenderungen der betreffenden Gesetzgebung war in der vorigen Session von allen Parteien nach einander durch ausdrückliche Anträge anerkannt worden: die wiederholten und eingehenden Erörterungen hatten, wenn auch noch nicht zu bestimmten gesetzgeberischen Gestaltungen, doch zu einer wesentlichen Klärung über den einzuschlagenden Weg geführt. Es herrscht allseitiges Einverständnis darüber, daß die Reichs-Gewerbeordnung nicht den Abschluß der betreffenden Gesetzgebung bilden sollen, sondern nur den Grund, auf welchem nach den Fingerzeigen der praktischen Erfahrung weiter zu bauen sei; — es wurde ferner als das praktisch Richtige erkannt, aus dem weiten Bereiche der von verschiedenen Standpunkten angestrebten Reformen zunächst die „reife Fragen“ auszuheben, um eine gesetzgeberische Verständigung über dieselben herbeizuführen.

In demselben Sinne wurde Seitens der verbündeten Regierungen durch den Präsidenten des Reichskanzler-Amtes Staatsminister Hofmann erklärt, daß die Regierungen, an der Grundlage der Gewerbe-Ordnung, an dem Prinzip der Gewerbefreiheit festhaltend, dazu bereit seien, die bessernde Hand überall da anzulegen, wo sich auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen ein Bedürfnis zur Aenderung herausgestellt habe. Es seien daher auf denselben Gebieten, welche durch die Anträge im Reichstage vorzugsweise berührt wurden, bereits Reformen ins Auge gefaßt: es werde sich vor Allem um eine festere Gestaltung des Lehrlingswesens, ferner um eine bessere Regelung der Kinder- und Frauenarbeit in den Fabriken, in Verbindung mit weiteren Bestimmungen über die Arbeit in den Fabriken, sowie um die Einsetzung gewerblicher Schiedsgerichte handeln. Der Minister stellte eine Vorlage über Revision der Gewerbe-Ordnung in solcher Richtung für die diesjährige Session in Aussicht.

Als das Ergebnis der vorjährigen Erörterungen konnte schließlich bezeichnet werden, daß der Reichstag fast in seiner Gesamtheit mit den Regierungen dahin streben will, „auf der Grundlage der Gewerbe-Ordnung diejenigen Verbesserungen einzuführen, welche auf dem Boden der Gewerbefreiheit, mit den Hilfsmitteln, die der Staat zu gewähren befähigt ist, erreicht werden können, damit der Handwerkerstand

selbst in sittlicher Arbeit seine gebührende Stellung zurückerobere“.

Um die Ramens der Bundesregierungen gegebene Zusicherung zur Erfüllung zu bringen, hat der Reichskanzler zunächst dem Bundesrathe zwei Gesetzentwürfe Behufs Abänderung der Gewerbe-Ordnung und Behufs Einsetzung von Gewerbegerichten vorgelegt.

Bei der Lösung der den Bundesregierungen gestellten Aufgabe ist, entsprechend den im Reichstage zum Ausdruck gelangten Meinungen, davon ausgegangen, daß die Revisionsarbeiten zunächst auf diejenigen Fragen beschränkt werden, in welchen das Bedürfnis nach Abänderung des Gesetzes am meisten hervorgetreten ist und gleichzeitig die Anschauungen über die Art der Abänderungen am meisten sich genährt haben.

Die Ziele, welche sich unter der Voraussetzung einer solchen Beschränkung für die Revision des Gesetzes ergeben, sind:

- eine größere Sicherung der Betheiligten gegen die Verletzung der durch den Arbeitsvertrag eingegangenen Verpflichtungen,
- eine strengere Ordnung des Lehrverhältnisses,
- eine Regelung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, welche den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Industriezweige Rechnung trägt,
- eine zweckmäßige Ausbildung der zur Erlebigung der Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vorherzusehenden Einrichtungen.

In Ansehung aller übrigen grundsätzlichen Bestimmungen des hier in Frage kommenden Theiles der Gewerbeordnung dürfte eine Abänderung des Gesetzes entweder überhaupt nicht für erforderlich oder doch gegenwärtig noch nicht für zeitgemäß zu erachten sein. Denn theils haben alle bisher stattgehabten Erörterungen und Erhebungen das Bedürfnis einer weitergehenden Revision keineswegs so klar hervortreten lassen, daß die Gesetzgebung in die gerade jetzt sehr empfindlichen Beziehungen des gewerblichen Lebens ohne Bedenken eingzugreifen vermöchte, theils gehen auch die Anschauungen über dasjenige, was von der Gesetzgebung zur Abhilfe der vielfach empfundenen Uebelstände erwartet werden darf, so weit auseinander, daß es richtiger sein dürfte, der Zeit noch einigen Raum für ihren vermittelnden und klärenden Einfluß zu lassen.

Das deutsche Münz- und Bankwesen sonst und jetzt.

Die vor sechs Jahren begonnene deutsche Münz- und Bankreform ist in ihren wichtigsten Theilen durchgeführt. Angesichts gewisser Bemängelungen, welche diese Ausführung neuerdings gefunden hat, hebt ein Aufsatz in der Zeitschrift „die Gegenwart“ (von Johannes Berg) gewiß mit gutem Recht hervor, man scheine gar kein Gedächtnis mehr zu besitzen für den Zustand, in welchem sich Deutschland noch vor so wenigen Jahren in Betreff seiner Münzsorten und des umlaufenden Papiergeldes befunden habe, und welcher in keinem Staate Europas seines Gleichen fand.

Mit einigen großen und deutlichen Strichen giebt der Aufsatz ein übersichtliches Bild des bisherigen Vollzugs der großen Reform.

Er kommt dabei zu folgenden Ergebnissen:

Ende 1871 bestanden in Deutschland 7 verschiedene Münzfüße, nämlich:

- 1) der Thalerfuß, der Thaler eingetheilt in 30 Groschen zu 12 Pfennigen,
- 2) der Thalerfuß, der Thaler eingetheilt in 30 Groschen zu 10 Pfennigen,
- 3) der Thalerfuß, der Thaler eingetheilt in 48 Schillinge zu 12 Pfennigen,
- 4) die Courantwährung, die Mark Courant eingetheilt in 16 Schillinge zu 12 Pfennigen,
- 5) der süddeutsche Guldenfuß, der Gulden eingetheilt in 60 Kreuzer,
- 6) die Bremische Thaler-Goldwährung, der Thaler eingetheilt in 72 Grote zu 5 Schwaren,
- 7) das französische Frankensystem in Elsaß-Lothringen.

Außerdem bestand für den Großhandel Hamburgs die dortige Bankvaluta.

Neben den Münzen der vorstehend aufgeführten sechs Silberwährungen bestanden noch Goldmünzen, welche entweder in ein festes Verhältniß zu den Münzen der herrschenden Währung gesetzt waren, oder ihre eigene Preisbewegung verfolgten.

An solchen gesetzlichen Landesgoldmünzen gab es im Ganzen etwa 26 Sorten, wogegen die oben aufgeführten Münzsysteme an Silber- und Kupfermünzen zusammen über hundert Sorten aufwiesen.

Neben diesen 126 Münzsorten, welche in den verschiedenen Theilen Deutschlands gesetzliches Zahlungsmittel bildeten, waren in Süd- und Norddeutschland noch österreichische 2, 1 und $\frac{1}{4}$ Guldenstücke, holländische $2\frac{1}{2}$, 1 und $1\frac{1}{2}$ Guldenstücke, polnische $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ Thalerstücke, französisches und belgisches Frankengeld, sowie im Norden außerdem zahlreiche Sorten dänischer Münzen bis zu den Kupferstücken herab, zum Theil in sehr großen Mengen im Umlauf.

Die Courantmünzen des Thalersystems waren von dem verschiedenartigsten Gepräge, zum Theil von verschiedenem Feingehalt, der Scheidemünzenumlauf des Guldenfußes in einem wahrhaft kläglichen Zustande.

Noch ungünstiger als der Münzumlauf lag der Papiergeldumlauf. Von zwanzig Staaten waren im Ganzen 184,298,529 Mark Papiergeld ausgegeben, wovon 10 verschiedene ApointsGattungen und im Ganzen 42 Sorten bestanden. Die einzelnen Scheine vielfach schmutzig und zerissen, schwer erkennbar, unmöglich von dem Einzelnen, der sich ihrer nicht erwehren konnte, wegen Echtheit und Vollgültigkeit zu prüfen.

Endlich hatten 33 Notenbanken Banknoten in Umlauf gebracht, welche auf 18 verschiedene ApointsGattungen vertheilt, in 108 verschiedenen Sorten umliefen. An den Unbequemlichkeiten der Silberwährung emporkauernd, hatte der Umlauf solcher Noten im Anfange des Jahres 1873 den Betrag von 482 Millionen Thaler oder 1446 Millionen Mark, wovon 546 Millionen Mark ungedeckt, erreicht;

die Anzahl der Sorten an einheimischem, gemünztem Gelde und papiernen Werthzeichen, welche sich im Umlauf befanden, belief sich auf nicht weniger als 276.

Gegenwärtig ist an die Stelle der sieben territorialen Münzfüße und der Hamburger Bankvaluta ein einheitliches, durch ganz Deutschland geltendes, auf der Goldwährung beruhendes Münzsystem getreten.

Von sämmtlichen 126 älteren Münzgattungen sind, abgesehen von einem geringfügigen Betrage an Kupfermünzen, nur noch die Einthalerstücke und die Einsechsthalerstücke im Umlauf, daneben bezieht sich die Anzahl der Sorten des neuen einheitlichen Münzsystems auf 3 Sorten Gold-, 5 Sorten Silber- und je 2 Sorten Nickel- und Kupfermünzen, also im Ganzen auf 12 Sorten.

Die fremden Münzen sind, abgesehen von einigen Rückständen des Frankensystems in Elsaß-Lothringen, aus dem Verkehr vertrieben, und das Volk hält, im Gegensatz zu seiner früheren Lässigkeit, auf die Reinheit seines Münzumlaufs.

Das Landespapiergeld ist bis auf den geringen Rest von circa 2,750,000 Mark eingezogen. An die Stelle desselben ist in den Verkehr die einheitliche Ausgabe von Reichskassenscheinen getreten von den drei Sorten existiren 50-, 20 und 5-Mark-scheine. An Stelle der eingezogenen 181,540,946 Mark Landeskassenscheine sind an Reichskassenscheinen nach Rechnung der definitiven Emission 118,521,455 Mark, nach Rechnung der den Landesregierungen für die Einziehung des ihren Antheil an der definitiven Emission übersteigenden Betrages von Landeskassenscheinen zu leistenden Vorschüsse 53,902,760 M. ausgestellt, wovon jedoch 3,659,320 Mark bereits wieder eingezogen sind und ein gleicher Betrag in nächster Zeit zur Einziehung gelangen wird. Der Gesamtumlauf beträgt hiernach 168,764,965, wovon 50,243,440 im Laufe der nächsten dreizehn Jahre eingezogen werden.

Die nicht auf Reichswährung in den gegenwärtig zulässigen Apoints ausgestellten Banknoten sind bis auf den geringen Rest von 2,857,905 Mark eingezogen, wovon 2,840,595 Mark Thalernoten der früheren preussischen Bank, 17,310 Mark Noten anderer Banken. Die Umwandlung des Banknotenumlaufs ist so gut wie durchgeführt. Statt 33 haben wir jetzt nur noch 18 mit dem Notenausgaberecht ausgestattete Banken.

Die umlaufenden Marknoten bestehen nur aus 4 ApointsGattungen (zu 100, 200, 500 und 1000 Mark), die von 20 Banken emittirt sind und im Ganzen 28 verschiedene Sorten darstellen, von welchen 2 Sorten, die solchen Banken angehören, die auf ihr Notenausgaberecht verzichtet haben, verschwinden werden, so daß dann nur 26 verschiedene Sorten übrig bleiben werden.

Der gesammte Notenumlauf derjenigen Banken, welche sich noch im Besitze des Notenausgaberechts befinden, betrug Ende October 1877: 903,277,000 Mark, 543 Millionen weniger, als Anfang 1873, davon waren ungedeckt 283 $\frac{1}{4}$ Millionen, d. h. etwa die Hälfte des Betrages von Anfang 1873.

Nur eine der noch zur Notenausgabe befugten

Banken hat sich den Normativbestimmungen nicht unterworfen, so daß ihr Notenumlauf nur in dem betreffenden Staatsgebiet (Braunschweig) zugelassen bleibt. Die Noten aller übrigen sind für das ganze Reichsgebiet zugelassen, während dem Publikum durch das Bankgesetz vielfache Wege gestattet sind, sich der Noten, die ihm lästig werden, zu entledigen.

Angeichts dieser durchgreifenden und allseitigen Verbesserungen wird gewiß mit vollem Recht betont, daß man sich nicht darin gefallen möge, allerlei kleine Mängel zu übertreiben, statt sich des großen Gesamterfolges zu freuen.

Vom Kriegsschauplatz wird ein weiteres thatkräftiges Vordringen der Russen in das Herz der europäischen Türkei gemeldet. Der Uebergang des Generals Gurko über den Balkan stellt sich als eine That von glänzender Umsicht und Bravour heraus. Den russischen Truppen mußten von vorausgeschickten Sappeurs erst die Wege durch Schnee und Eis gebahnt werden, und um diese Arbeiten vor den Türken zu verbergen, konnten sie nur bei Nacht ausgeführt werden. Noch im letzten Augenblicke drohte ein Schneesturm die Arbeiten zu zerstören. Der Weg glich einem Eispiegel. Um die Geschütze vorwärts zu bringen, mußte man Stufen in den Weg hauen. Das Herabsteigen von den Bergen war noch schwieriger; denn der Abhang war so steil, daß die Geschütze mit Tauen von Baum zu Baum niedergelassen werden mußten; die Munitionsfarren wurden leer herabgelassen, die Munition in den Händen getragen. Nach sechs schweren Tagen war der Uebergang am 31. December glücklich beendet und die Türken wurden aus einer soeben neu besetzten Position jenseits des Balkan vertrieben.

Der mühevollen Uebergang brachte rascher, als man es hoffen konnte, glänzenden Lohn durch die

Einnahme von Sofia, indem die Türken bei dem Anrücken des Generals Gurko, ohne seinen Angriff abzuwarten, in südwestlicher Richtung abzogen. Am 3. Januar zogen die Russen unter dem Jubel der zum größten Theile christlichen Bevölkerung in Sofia ein. Der Besitz dieser blühenden Handelsstadt ist für die Russen von größter Wichtigkeit, da dieselbe einerseits durch zwei bequeme Straßen mit der Donau und mit Serbien in Verbindung steht, andererseits für die weiteren Operationen nach dem Marizathal zwei fahrbare Wege darbietet.

So wird denn die militärische Lage der Türkei immer schwieriger und beengt. Während Rußland jetzt erst nach dem Falle Plewnas zur vollen Entwicklung der mächtigen nach Bulgarien herbeizogenen Kräfte gelangt, ist es den Türken bisher nicht gelungen, die Trümmer ihrer Armeen auch nur zu energischer Vertheidigung zu sammeln. Die Einsicht der schlimmen Lage hat zunächst wieder einmal zu einem Wechsel im Oberbefehl geführt, welcher dem Suleiman Pascha entzogen und dem bisherigen Kriegsminister Keouf Pascha übertragen worden ist.

Eine richtige Erkenntniß aber bethätigt sich noch mehr in dem anscheinenden Bestreben der Pforte, eine Beendigung des Krieges herbeizuführen und zu diesem Zwecke den einzig wirksamen Weg unmittelbarer Verhandlungen mit Rußland einzuschlagen. Freilich dürften auch Schritte Behufs eines vorläufigen Waffenstillstandes nur unter der Voraussetzung erfolgreich sein, wenn sie zugleich Bürgschaften für einen demnächstigen annehmbaren Friedensschluß gewähren.

Die vertraulichen Erörterungen, welche neuerdings stattgefunden haben, werden immer mehr als günstige Vorzeichen einer baldigen friedlichen Wendung gedeutet.

Kirchliche Nachrichten.

Am 1. Sonntage nach Epiphania predigen zu Dels:

In der Schloß- und Pfarrkirche:

- *) Frühpredigt: Herr Diaconus Krebs.
- *) Antspredigt: Herr Propst Thielmann.
- *) Nachm.-Pr.: Herr Superint. Ueberschär.
- Früh $1\frac{1}{2}$ Uhr, Beichte: Herr Diaconus Krebs.

Wochenpredigt:

Donnerstag, den 17. Januar, Vorm. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Herr Superint. Ueberschär.

Montag, den 14. Januar, Abends 7 Uhr, Bibelstunde in der St. Salvatorkirche:

Herr Superintendent Ueberschär.

Amtswoche: Herr Diaconus Krebs.

*) Collecte für das Bunzlauer Waisenhaus.

Das 120 Seiten starke Buch:

Gicht und Rheumatismus,

eine leicht verständliche, vielfach bewährte Anleitung zur Selbstbehandlung dieser schmerzhaften Leiden, wird gegen Einsendung von 30 Bfg. in Briefmarken franco versandt von Richter's Verlags-Anstalt in Leipzig. — Die beige druckten Atteste beweisen die außerordentlichen Heilerfolge der darin empfohlenen Kur.



(112)

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actiengesellschaft.

Directe Deutsche Post-Dampfschiffahrt

zwischen

HAMBURG und **NEW-YORK**

regelmäßig jeden Mittwoch, Morgens.

Passage-Preise:

I. Kajüte 300 Mark. II. Kajüte 300 Mark. Zwischendeck 120 Mark.

Nähere Auskunft wegen Fracht u. Passage ertheilt der General-Bevollmächtigte

August Bolten, Wm. Miller's Nachfolger,

Hamburg, Admiralitätsstraße 33/34,

sowie der concess. Haupt-Agent Julius Sachs in Breslau, Antonienstraße 24, und der Agent Salomon Eisner in Rempen, ebenso der General-Agent Wilhelm Mahler in Berlin, Invalidenstraße 121.

Rechnungs-Formulare

empfehl

H. Ludwig.

Sonntag, den 20. Januar 1878,
Nachmittags 4 Uhr:
Öffentliche Sitzung

des
allgem. landwirthsch. Vereins
im Gasthause zum „goldenen Adler“ in Dels.
Tages-Ordnung:

- 1) Geschäftliche Mittheilungen.
 - 2) Anträge.
 - 3) Bericht der Kommission zur Revision der Rechnung pro 1877 resp. Decharge-Ertheilung
 - 4) Referat aus der vom Ministerium über sandten landwirthschftl. Statistik.
 - 5) Ueber Abschaffung der sog. Pflugschleifen.
 - 6) Bericht der Kommission zur Revision der Vereinsbibliothek und Beschlussfassung darüber.
 - 7) Vertheilung der eingegangenen Formulare zu den Erdruschtabellen und Wahl einer Kommission zur Zusammenstellung der einzelnen Tabellen.
 - 8) Referat über das über sandte Jahreshft der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur.
 - 9) Fragekasten.
- Freunde der Landwirthschaft sind als Gäste willkommen.

Der Vorstand.

L. Arndt. Gautier.

Bekanntmachung.

Am **Mittwoch, den 16. d. M.,**
von früh 9 Uhr ab,
werden im Gerichtskreisshaus hieselbst aus Jagd 126 und der Totalität der Schutzbezirke Rogelwitz, I, II, Neuwelt und Baruthe

ca. 15 Stück Roth- und Weißbuchen-Ruthhölzer,
100 Stück Fichten-Bauhölzer frischen Einschlages,
2000 Rm. diverse trodene Brennholz im Wege der Licitation gegen sofortige baare Bezahlung verkauft.

Rogelwitz, den 8. Januar 1878.

Der Königliche Oberförster.
Kirchner.

Carneval! Carneval!

Costümes aller Art, billige Preise, (nicht zu verleihen) Dominos, Masken, Sterne, Besagborden, Schellchen, Zinnschmuck, Flitter, Cotillonorden, Knallbonbons, komisch gemalte Bilder in Lebensgröße für Saal-Decorationen. Preislisten zu Diensten.

Bonner Fahnenfabrik Bonn a/Rh.

Rug- und Brennholz-Verkauf

aus der Kgl. Oberförsterei Ruhbrück.
Donnerstag, den 17. Januar er.,
von Vormittags 9 Uhr ab,
werden im Gasthause zu Maßl. Hammer zum meistbietenden Verkauf gegen Baarzahlung gestellt:

1. Kiefern-Ruthholz vom frischen Einschlage: ca. 550 Stück aus dem Rahl-schlage Jag. 86 Belauf Ruhbrück und ca. 300 Stück aus dem Schlage Jag. 11 Bel. Grochowe.
2. Brennholz, alter Einschlage: ca. 150 Rmtr. Eichen-, Buchen-, Birken- und Eichen-Brennholz aus Bel. Ruhbrück, Gr.-Lahse und Burday, sowie Kiefern-Brennholz nach Bedarf aus Bel. Grochowe, Poln.-Wühle, Ruhbrück, Gr.-Lahse und Burday, darunter 90 Rmtr. Kiefern-Stangenhausen aus Belauf Grochowe.

Ruhbrück, den 3. Januar 1878.

Die Königliche Forstverwaltung.

Spielwerke

4 bis 200 Stücke spielend, mit oder ohne Expression, Mandoline, Trommel, Glocken, Castagnetten, Himmelsstimmen, Harfenspiel etc.

Spielboxen

2 bis 16 Stücke spielend, ferner Necessaires, Cigarrenständer, Schweizerhäuschen, Photographicalbums, Schreibzeuge, Handschuhkasten, Briefbeschwerer, Blumenvasen, Cigarren-Etui's, Tabakboxen, Arbeitsstische, Flaschen, Biergläser, Bortemonnaies, Stühle, etc., alles mit Musik. Stets das Neueste empfiehlt

S. H. Heller, Bern.

Alle angebotenen Werke, in denen mein Name nicht steht, sind fremde; empfehle Jedermann directen Bezug, illustrierte Preislisten sende franco.

„Aus voller Ueberzeugung“
kann jedem Kranken die tausendfach bewährte Dr. Murr's Heilmethode empfohlen werden. Wer Näheres darüber wissen will, erhält auf Franco-Verlangen von Murr's Verlag's-Anstalt in Leipzig einen mit vielen belohnten Krankenberichten versehenen „Auszug“ aus dem illustrierten Buche: „Dr. Murr's Naturheil-methode“ (100. Aufl., Rubel-zahlung) gratis und franco zugesandt.

Das illustrierte Originalwerk: „Dr. Murr's Naturheil-methode“ ist zum Preise von 1 Mark in allen Buchhandlungen zu haben.

Holzverkauf.

Im Laubsküh'er Dominialforst findet täglich

Stammholzverkauf

zu mäßiger Tage statt Das Holz kann stehend gezeichnet werden und wird nach Angabe der Käufer auf die gewünschten Längen ausgeschnitten und vermessen.

Eine unserer

Dampf Dreschmaschinen

ist vacant. **Döring & Richter.**

Ein Gasthaus,

allein im großen Dorfe, nebst Specerei, mit 18 Morgen Land, 2 Morgen Wiese, Wohnhaus, Gaststall und die übrigen Gebäude in gutem Bauzustande, für den Preis von 2500 Thaler sofort Familienverhältnisse halber bei 2000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Zu erfragen postlagernd 1 Mischline bei Guttentag.

Gastwirthen

oder sonstigen soliden Personen ist der Verkauf eines überall leicht verkäuflichen guten Artikels bei hoher Provision zu übertragen. Franco Offerten sind innerhalb 8 Tagen sub. M. P. 800 postlagernd Carlsruhe (Baden) zu richten.

Ein gedeckter Wagen,

in noch sehr gutem Zustande, sich besonders für Wirthschafts-Inspectoren gut eignend, ist billig zu verkaufen; wo, zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Oberhemden,

Nachthemden, Kragen, Manchetten, wollne Gesundheits-Jacken, Unterbeinkleider, Cravatten, Shlipse, wollne und seidne Halstücher etc.

empfehlen in bedeutender Auswahl
Carl Gröger, Ring Nr. 11.
Bestellungen werden schnell und sauber ausgeführt.

Rechnungs-Formulare

empfehlen **G. Meidner.**

Marktpreis der Stadt Breslau

vom 9. Januar 1878.

(Pro 200 Zollpund = 100 Kilogramm.)

	schwere		mittlere		leicht	
	20	21	20	21	20	21
Weizen, weicher.	20	21	20	21	17	90
dto. selber.	19	30	20	—	17	70
Roggen, neuer.	14	—	12	90	12	—
Gerste, neue.	16	30	15	10	13	50
Hafser, neuer.	13	70	13	—	11	70
Erbsen	17	—	15	80	13	80

Heu 2,00—2,50 M. pro 50 Kilogr.
Roggenstroh = Schd. pr. 600 Kilogr.
19,50—21,50 M.